

Partizipation auf Rezept – Der Weg in die gesunde Stadt führt über die gesellschaftliche Teilhabe

Jeanne Grabner

Über Partizipation wird schon lange geredet – in zahllosen Diskussionen ist man sich einig: Partizipation ist wichtig. Sehr wichtig! Und um den politischen Willen zur Teilhabe auszudrücken, wird immer wieder ein Fonds aufgelegt, der Partizipation bewegen soll, Bürgerschaftliches Engagement fördert oder Jugend zum Mitmachen anregt. In regelmäßigen Abständen erscheinen Handbücher und Praxisanleitungen. Warum also weiter von Partizipation reden?

Unsere Gesellschaft ist weit davon entfernt, Partizipation wirklich zu leben. Denn Partizipation erschöpft sich nicht in Mikroprojekten, alternativen Finanzierungstöpfen und Konferenzen. Die Forderung und Umsetzung von Partizipation erfordert so viel Umdenken, dass dies einer gesellschaftlichen Umwälzung gleich kommt.

Um die Dimensionen von Partizipation zu erfahren, ist es zunächst notwendig, nach den Gründen für die Forderung nach gesellschaftlicher Teilhabe zu fragen. Partizipation soll so einiges zuwege bringen, so zum Beispiel die Verstetigung einzelner Projekte sichern, die nicht mehr gefördert werden können. Hier sollen Engagement und Mitmachen soweit entwickelt werden, dass - wenn sich dann die bezahlten Mitarbeiter zurückziehen - die Bürgerinnen und Bürger fleißig das Projekt allein betreiben. Das klingt gut in jedem Projektantrag, allein: dieser Fall tritt so gut wie nie ein. Ebenso soll Partizipation Aufgaben erfüllen, aus denen sich bisher zuständige staatliche Stellen im Zuge der kommunalen Finanznöte zurückziehen – sozusagen als preisneutraler Lückenfüller. Oder wir erhoffen uns von Partizipation eine Qualifizierung von politischem Denken und Handeln im Blick auf eine problemlose Umsetzung der gefassten Vorhaben. All diese Vorteile der Partizipation sind –wenn sie denn wirklich so funktionieren – nicht von der Hand zu weisen, und doch: die eigentlichen Gründe für Partizipation greifen tiefer und sind zunächst vom Menschen selbst aus zu betrachten.

Partizipation als Voraussetzung für gesundes Leben

Partizipation ist eine Lebensvoraussetzung – sie ist Bedingung für ein gesundes und erfülltes Leben und ein natürlicher Impuls der seit Jahrtausenden in Stämmen zusammenlebenden Menschen. Wir fragen daher nicht: Wie kann ich Partizipation entwickeln? Sondern: Welche Bedingungen müssen in unserem Zusammenleben erfüllt sein, damit der natürliche Drang zur Partizipation nicht gehemmt wird? In der psychologischen For-

schung gibt es interessante Studien, die den Zusammenhang von Aggressionen und fehlender gesellschaftlicher (sozialer, familiärer) Partizipation herstellen. Die Erklärungen dafür reichen bis in die Steinzeit der Menschheitsgeschichte: Ob eine Person am Leben des Stammes teilhaben konnte oder ausgeschlossen und damit dem Tode ausgeliefert ist, war entscheidend. Es ist erst ein modernes Phänomen, dass Menschen fast völlig losgelöst von der Gesellschaft überleben können. In die Gene eingegraben ist der Drang zur Teilhabe seit Jahrtausenden. Verhinderung von Partizipation führt zu Angst bis hin zur Panik, zu Aggressionen, zu psychischen und damit zu körperlichen Erkrankungen. Studien zur Glücksforschung belegen andererseits einen eindeutigen Zusammenhang zwischen erhöhten Glücksgefühlen und der Möglichkeit der gesellschaftlichen Teilhabe. Forscher in der Schweiz stellten durch einen Vergleich verschiedener Länder fest, dass der Zuwachs an Glück (im weitesten Sinn) durch häufige Volksbefragungen dem einer regelmäßigen Lohnerhöhung gleich komme.

Nun kann man über die Sinnhaftigkeit solcher Vergleiche streiten, unstrittig allerdings ist: Partizipation ist eine Voraussetzung zu einem glücklichen, gesunden, erfüllten Leben.

Partizipation nutzt viele Orte, aber in keinem ist sie so wesentlich, wie in der Umgebung der Menschen selbst, im Stadtraum, in der Nachbarschaft. Daher sei hier die These vorangestellt: Nur eine Stadt, die die Partizipation der Bewohner nicht behindert, ist eine gesunde Stadt. Und nur eine gesunde Stadt meistert die Herausforderungen der Zukunft.

Wie bereits erwähnt, wenden wir uns nicht der Frage zu, wie Partizipation implementiert und in Gang gesetzt werden kann, sondern wie sie sich frei entfalten kann. Dies ist eine Änderung der Denkrichtung, denn das bedeutet, unsere Städte von den Bewohnerinnen und Bewohnern aus zu denken: hier geht es also um eine Beendigung der Entfremdung der Menschen von der Gesellschaft und letztlich auch von sich selbst im städtischen Leben. Eine Stadt, die sich in diese Richtung entwickelt, wird ohne weitere Anstrengungen zu einer sozialen und umweltgerechten Stadt. Deshalb ist dieser Prozess Aufgabe aller Bereiche des gesellschaftlichen Lebens, der Politik und der Verwaltung in einer ressortübergreifenden, integrativen Arbeitsweise.

Ein Beispiel aus Guatemala

Teilhabe geschieht täglich, ohne Förderprogramme, integriert im Tagesablauf und oft spontan. Allerdings bieten unsere Städte dazu weniger Anlässe als z.B. im folgenden Beispiel der guatemaltekischen Kleinstadt Santa Eulalia. Diese Stadt liegt im Hochland und befindet sich weit weg von der Hauptstadt, von der Zentralgewalt und vielen Segnungen des modernen Lebens. Die Menschen wohnen in Lehmhäusern, die wegen der vielen Regenfälle bis auf die Grundmauern durchnässt sind. Krankheiten und eine hohe Kindersterblichkeit sind die

Folge. Der Boden ist karg, viele Familien können nur überleben, weil sie als Saisonarbeiter/innen jedes Jahr in den Süden ziehen. Nicht alle kommen zurück, sondern manche sterben, denn die Arbeit auf den Zuckerrohrplantagen in sengender Hitze ist für die Bergbauern oft nicht zu ertragen. Aber man war das Leben gewohnt und schickte sich drein.

Dann kam ein neuer Priester in die Gemeinde und verlangte von den Menschen, dass sie eine Kirche bauen. Menschen, die selbst unter den kärglichsten Bedingungen leben, schufteten nun gemeinsam ein Jahr, dann stand eine schöne massive Kirche aus Stein, ein Schmuckstück im elenden Ort. Dies war alles andere als ein partizipativer Prozess: die Menschen taten – wie seit Jahrhunderten schon – was eine höhere Macht verlangte. Aber plötzlich war da ein gemeinsamer Raum, in dem man sich treffen konnte. Und es gab die Erfahrung einer gemeinsamen Kraft, die zu solch einem schönen Bauwerk geführt hatte.

In den folgenden Jahren veränderte sich das Dorf Tag für Tag: zunächst wurden in gemeinsamer Anstrengung aus den Lehmhäusern Steinhäuser, dann wurde ein Krankenhaus gebaut, eine Krankenversicherung eingeführt, eine Ärztin kam in die Stadt, ein Radiosender wurde installiert, später eine gemeinsame Kinderbetreuung. All das ausschließlich mit der Kraft der Partizipation und ohne jegliche staatliche Unterstützung. Im Gegenteil: die Hauptstadt wurde auf so viel bürgerschaftliches Engagement aufmerksam, fürchtete – zu Recht – Tendenzen zur Selbstverwaltung und Selbstbestimmung und schickte seine paramilitärischen Zivilpatrouillen, die als eine Art Staatsterrorismus die Angst säten. Aber die starke Gemeinschaft war bereits in der Lage, sich davor zu schützen.

Nun klingen solche Beispiele aus fremden Ländern immer leicht sozialromantisch oder legen den Schluss nahe, dass, wenn es uns nur schlechter ginge, wir auch wieder enger zusammenrücken und gemeinschaftlich handeln würden. Das ist jedoch zu kurz geschlossen. Der Grund für das Fehlen gesellschaftlicher Teilhabe liegt vor allem in der wenig ganzheitlichen Art und Weise unseres Lebens. Wir leben zerrissen zwischen Terminen, leben mit hoch angespannten Arbeitstagen oder - im Gegensatz - in der absoluten Stagnation der Arbeitslosigkeit. Wir führen ein völlig unverbundenes Dasein mit den Möglichkeiten, Einkäufe, Sport, Behördengänge in großen Hallen, piepsenden Kassen, ausgefeilten Computersystemen und Datenbanken zu erledigen, ohne mit einem einzigen Menschen zu sprechen.

Doch aus dem Beispiel von Santa Eulalia lassen sich wesentliche Punkte ableiten, die wesentlich zu einem gesellschaftlichen Umdenken in Hinsicht auf Partizipation sind.

- Menschen brauchen gemeinsame Räume.
- Menschen müssen persönlich interessiert sein an den Veränderungen.

- Alle Ressourcen werden gebündelt, es wird »fachübergreifend« – ganzheitlich gearbeitet.
- Die Gefahr des Scheiterns wird mit einberechnet.

Diese Punkte beinhalten große Herausforderungen für unsere Städte.

Menschen brauchen gemeinsame Räume.

Im Bereich der Räume wird durch verschiedene Programme der Städtebauförderung viel getan: Stadtteilzentren, Bürgertreffpunkte, Jugendclubs entstehen überall. Auch öffentliche Räume werden so gestaltet, dass sie zur Kommunikation der Menschen untereinander beitragen. Die Frage bleibt, wer diese Räume für sich annimmt. In ländlichen Gemeinden ist dies wegen der kleineren und damit klareren Strukturen oft einfacher – allerdings vermittelt sich die Annahme von Räumen auch hier nur über die Teilhabe. Ein Versammlungsraum, dessen Vorhänge eine Bewohnerin bei sich zu Hause gewaschen hat, wird immer zum Teil auch ihr Raum bleiben. In den Quartiersmanagements in den großen Städten gab es immer wieder die Bemühungen, die Räume im Kiez auch mit baulicher Unterstützung durch Menschen im Kiez zu bauen. Auf diese Weise könnte auch das Thema Arbeitslosigkeit angegangen werden. Es ist noch nie verwirklicht worden. Staatliches Bauen ist eine verregelte komplexe Großleistung: Zwischen Vergaberichtlinien, Förderbedingungen und Gewährleistungen kann kein Bürger und keine Bürgerin hier einen Stein auf den anderen setzen.

Eine weitere Frage ist; wie werden diese Räume genutzt: Wo beginnt mein Raum, wo endet der der anderen? Dies lässt sich am besten an der Nutzung gemeinsamer Verkehrsräume verdeutlichen. Bemühungen um so genannte Shared Spaces sind in Deutschland immer noch meist zum Scheitern verurteilt. In Shared Spaces gibt es keinen Unterschied zwischen Bürgersteig und Straße, alle Verkehrsteilnehmer/innen haben die gleichen Rechte, oberstes Gebot ist gegenseitige Rücksichtnahme. Über eine Shared Space-Kreuzung zu gehen kann eine Erfahrung von Gemeinschaft, von Teilhabe werden: Blicke treffen sich, es werden – in Sekundenbruchteilen – Reihenfolgen ausgehandelt. Rechthaben ist kein Thema, das Individuum in der Gesellschaft steht im Vordergrund. Abgesehen davon, dass Shared Spaces Lösungen für unsere verkehrsüberfüllten Innenstädte sind, sind sie ein großartiges Experiment in Richtung auf Zusammenleben. Warum funktionieren sie in den Niederlanden, in Belgien, sogar in Armenien, aber in Deutschland so schwer?

Menschen müssen persönlich interessiert sein an den Veränderungen.

Menschen müssen wirklich und persönlich interessiert sein, wenn sie teilhaben wollen. Dies scheint eine Binsenweisheit, gehen wir doch davon aus, dass jede Bürgerin und jeder Bürger, die oder der sich zur Teilnahme an einer Bürgerversammlung entschließt, dafür gute Gründe hat. Nur haben aber alle schon einmal erlebt, wie quälend solche Versammlungen sein können, wenn sich Menschen (oft abwertend als »Berufsbürger« bezeichnet

net«) nicht einigen können noch wollen, weil anhand eines konkreten Gegenstandes so viel mehr verhandelt wird: Ideologien und Einstellungen, Antipathien und persönliche Defizite. Die ursprünglich bedeutende Angelegenheit tritt schnell hinter den Diskussionen zurück, wohl, weil sie doch nicht bedeutend genug war. Oft sind es eben auch nicht die Themen der Bürger/innen, die sie zusammenführen, sondern Stadtteilmanager/innen oder Gebietsbeauftragte, die diese Arbeit in ihrer Stellenbeschreibung haben und nun Bürger/innen finden müssen, die sich ihren Themen freundlicherweise zuwenden.

Eine andere Frage ist die des Zeitpunktes. Was heute besprochen werden muss, wird oft erst nach Jahren deutlich und sichtbar. Dies gilt besonders für den Städtebau, der andere Zeitabläufe kennt. So ist manches einer Baumaßnahme vorgeschaltete Bürgerbeteiligungsverfahren im Sande verlaufen. Aber wenn die Bagger kommen und die Veränderungen umsetzen, ist die Wut groß, weil die Bürger /innen das Gefühl haben, niemand hätte sie je gefragt. Das bringt die professionellen »Bürgerbeteiligter/innen« oft zum Verzweifeln. Noch stärker treten diese Themen bei der so wichtigen Jugendbeteiligung zutage. Eine heute 15-Jährige kann nicht entscheiden wie der Skatepark in zwei Jahren aussehen soll, weil sie mit dem Jetzt verbunden ist. Entscheidet sie doch und merkt, dass - in ihrer Zeitrechnung – nichts geschieht, zweifelt sie am Verfahren und lernt, was viel zu viele Bürger/innen zu wissen glauben: »Es bringt ja doch nichts«.

Alle Ressourcen werden gebündelt, es wird »fachübergreifend« – ganzheitlich gearbeitet.

»Das wäre, als ob ich eine Revolution in meinem Bezirksamt ausrufen würde«, so bemerkte einmal trocken eine Stadträtin eines Berliner Bezirks. Dem gegenüber stehen Bemühungen um Sozialraumorientierung, die eben jene übergreifende Arbeit zur Folge hat: Im Zentrum des politischen Handelns sollen die Stadträume stehen und gemeinsam kann über die Verbesserungen derselben nachgedacht werden – dies ist nur möglich mit integrativen Maßnahmen. Die wiederum kosten Zeit für Abstimmungen. Die Berliner Senatsinitiative »Aktionsräume plus« hat hier angesetzt und Mitarbeiter/innen in die Bezirke geschickt, die diese Mehrarbeit erledigen können. Freilich ist dies nicht ohne weiteres umzusetzen. Wie kompliziert es ist, Strukturen des fachlichen Denkens aufzulösen, merkt man beispielsweise an den Schulen, deren Unterrichtsthema ja das Leben selbst sein sollte. Versucht man jedoch - um diesem Auftrag gerecht zu werden - für ein Projekt zwei oder drei Fächer im Schulalltag auf ein Thema abzustimmen, stellt man Stundenplanverantwortliche und Kolleginnen und Kollegen vor unlösbare Aufgaben. Wie viel schwerer fällt es der Politik und der Verwaltung, die weit spezifischere Themen behandeln und höchstens mit Bürgerinnen und Bürgern in Berührung kommen.

Die Gefahr des Scheiterns wird mit einberechnet.

Räumen wir bei der Arbeit mit gesellschaftlicher Teilhabe die Möglichkeit zum Scheitern ein, ist ein wesentlicher Schritt gelungen: die engen Grenzen der Teilhabe werden aufgelöst. Auf Kontrolle, Machtansprüche und einengende Maßnahmen wird verzichtet. Partizipation ist lebendig geworden. Dahin ist es ein enormer Schritt. Große Teile unserer Gesellschaft sind damit überfordert. Oft scheint der gute Henry Ford Pate zu stehen bei gängigen Partizipationsbestrebungen, gemäß seinem Ausspruch: »Sie können einen Ford in jeder Farbe haben – Hauptsache er ist schwarz«. Dies ist allerdings keine Spezifik von Politik und Verwaltung, sondern auch ein ganz persönliche. Jede und jeder kann sich fragen, ob sie oder er das, was ihm an Macht gegeben ist, für eine gemeinsame Entwicklung, für das Mitmachen und Mitgestalten anderer Bürger/innen aufgeben würde. Ebenso stehen dahinter die Zwänge der ökonomischen Beziehungen. In keinem Förderprogramm gibt es offiziell eine Experimentierklausel, es gibt keine Möglichkeit, ein Vorhaben für gescheitert zu erklären und noch einmal neu anzufangen. Dem gegenüber stehen natürlich die vielen de facto gescheiterten Projekte (zum Beispiel im Programm »Soziale Stadt«), die jedoch - der Förderlogik wegen - als erfolgreich dargestellt werden. Dadurch wird dem Programm und den Quartiersmanagements die Möglichkeit genommen, aus den Fehlern und dem Scheitern zu lernen, Qualität zu entwickeln und zu wachsen.

Ausblick

Partizipation macht unsere Städte zu Orten glücklichen und gesunden Lebens, es formt sie um in Richtung Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit. Aber es kostet Mut, unkonventionelle Wege zu gehen, Kontrolle loszulassen, sich vom persönlichen und gesellschaftlichen Sicherheitsdenken zu verabschieden. Die Förderung der Partizipation erschöpft sich nicht im Auflegen von Fonds, und funktioniert nicht, wenn Bürgerinnen und Bürgern Passivität vorgehalten wird. Es ist ein langer Weg gesellschaftlicher Transformation. Und es ist absolut notwendig ihn zu gehen.

Autorin

Jeanne Grabner ist leitende Mitarbeiterin der Stiftung SPI in Berlin. In ihrem Geschäftsbereich Stadtentwicklung werden zahlreiche Modellprojekte im Bereich Kinder- und Jugendbeteiligung wie auch zu Bürgerbeteiligung bei Baumaßnahmen entwickelt und durchgeführt.

Als Quartiersmanagerin und ausgebildete Lehrerin und Moderatorin sammelte sie auch davor intensive praktische Erfahrungen in der Beteiligungs- und Bildungsarbeit im In- und Ausland.

Kontakt:

Jeanne Grabner

Stiftung SPI - Geschäftsbereich Stadtentwicklung

Brückenstraße 6a

D-10179 Berlin

Tel 030-493 001-23

Fax 030-493 001-12

E-Mail: jeanne.grabner@stiftung-spi.de

Internet: www.stiftung-spi.de

Redaktion

Stiftung MITARBEIT

Redaktion eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft

Eva-Maria Antz, Ulrich Rüttgers

Ellerstr. 67

53119 Bonn

E-Mail: newsletter@wegweiser-buergergesellschaft.de